|  |
| --- |
| **P R E S S E M I T T E I L U N G** |
| 20.08.2016 |

**Taskforce Schießstände holt Kohlen aus dem Feuer**

**Aktueller Umgang mit den Schießständen entschädigt nicht für jahrzehntelange Nachlässigkeiten**

**Berlin. Die Arbeit der Taskforce Schießstände zeigt erste Erfolge. Ein Gutachten zur aktuell verwendeten Munition bei der Berliner Polizei dient der qualitativen Bewertung der Schadstoffanteile einzelner Arten, laufende Verhandlungen im Umland stellen eine baldige Verbesserung des Einsatztrainings in Aussicht. Die Gewerkschaft der Polizei bewertet die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen äußerst positiv.**

**Schießen in der Kruppstraße und Ruhleben derzeit unbedenklich**

„Die eingesetzte Taskforce leistet hervorragende Arbeit. Sie untersucht, ob für unsere Kolleginnen und Kollegen auf den aktuell noch zur Verfügung stehenden Schießständen Gesundheitsgefahren  bestehen, kümmert sich um Alternativen für das notwendige Einsatztraining und kommuniziert vor allem offen mit denen, die es direkt betrifft“, sagt Detlef Herrmann, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP. In einer aktuellen Bewertung wies Taskforce-Leiter Dublies darauf hin, dass die Schießstätten in der Kruppstraße und Ruhleben nach umfassender Prüfung die Vorgaben des Arbeitsschutzes erfüllen und sich in einem Zustand befinden, in welchem Aus- und Fortbildung unbedenklich seien. Mit Blick auf ein Gutachten des LKA, bei dem insgesamt 13 Patronen von sieben verschiedenen Munitionsarten auf ihre Schadstoffbelastung getestet wurden, empfahl er einen Austausch der Gewehr-Munitionsart Dynamit Novel Kaliber 7,62 mm x 51 und untersagte eine weitere Verwendung der Knall-Munitionsart RUAG 9mm Knall in geschlossenen Räumen.

**Innensenator und Polizeiführung jahrelang untätig**

Ebenfalls sehr positiv äußerte sich Herrmann über die fortschreitenden Verhandlungen mit der Bundeswehr und dem Zoll. Nach intensiver Begutachtung in den letzten Monaten werden derzeit die Einzelheiten geklärt, um ab Herbst für Berliner Polizistinnen und Polizisten ein Schießtraining auf den Standorten Lehnin und Plessow zu ermöglichen. „Auch wenn hier bisher keine Verträge unterschrieben wurden, ist das definitiv Licht am Horizont. Das Schießen an diesen Standorten würde zwar nicht die akuten Probleme unseres Einsatztrainings lösen, aber es würde dafür sorgen, dass wesentlich mehr Kolleginnen und Kollegen in diesem Jahr noch zum scharfen Schuss kommen“, so der Landesvize der GdP. Nach diversen Schließungen und einem weiterhin geltenden Nutzungsverbot für die Anlage Wannsee stehen der Berliner Polizei derzeit nur elf der ehemals 73 Bahnen für Aus- und Fortbildung zur Verfügung. Herrmann weiter: „Ich verstehe nicht, warum die Taskforce erst in diesem Jahr gegründet wurde und sie im Wahlkampfjahr beginnen darf, die Kohlen aus einem Feuer zu holen, was längst nicht mehr zu löschen ist. Innensenator und Polizeiführung sind sicher nicht für all die Nachlässigkeiten und Probleme der letzten Dekaden verantwortlich. Sie haben die Schießstände auch nicht gebaut. Sie haben es in ihrer langjährigen Amtszeit aber viel zu lange versäumt, etwas auf die Beine zu stellen. Die Probleme waren seit Jahren bekannt und es hat sich bis zuletzt rein gar nichts getan. Die Folgen ihrer Kurzsichtigkeit im Bereich des Einsatztrainings bekommen wir jetzt knallhart zu spüren.“

**Aktuell betroffene Kolleginnen und Kollegen als Versuchskaninchen**

Im Zuge der derzeitigen Betrachtung der Schießstandproblematik sprach sich Herrmann außerdem erneut für einen besseren Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen aus, die über Jahrzehnte in den heute geschlossenen Anlagen möglichen Gesundheitsgefahren ausgesetzt waren. „Die derzeitige Einschätzung der Taskforce macht doch deutlich, dass selbst bei der aktuell noch genutzten Munition Gesundheitsgefahren lauern und das aktuelle Schießen in den noch geöffneten Anlagen möglich ist, weil hier die Lüftungen funktionieren. Schauen wir uns die frühere Munition und die baulichen Gegebenheiten der mittlerweile geschlossenen Anlagen an, impliziert das doch eine ganz andere Situation“, so Herrmann. Eine Langzeitstudie der Charité soll nun klären, welche Gesundheitsgefahren bestanden und zugleich Grenzwerte schaffen, die für zukünftige Beurteilungen beispielsweise des krebserregenden Stoffes Antimon helfen könnten. Herrmann: „Die Verantwortlichen sollten endlich ehrlich sein und klar sagen, dass es für die aktuell Betroffenen kaum Antworten geben wird, weil es bisher keine Grenzwerte gibt. Sie dienen allein als Versuchskaninchen für die nachfolgenden Generationen und verdienen eine Behördenleitung, die aufhört herumzueiern, sich deutlich um sie kümmert, ihnen bei Erkrankungen konsequent zur Seite steht und ihnen ermöglicht, so gut es geht, mit den entstandenen Folgen klarzukommen.“